

# **Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland**

Diskussionsgrundlage der gemeinsamen Programmkommission  
von Linkspartei.PDS und WASG

Joachim Bischoff (WASG), Michael Brie (Linkspartei), Wolfgang Gehrcke (Linkspartei),  
Bernd Ihme (Linkspartei), Dieter Klein (Linkspartei), Ralf Krämer (WASG), Konstanze Kriese  
(Linkspartei), Julia Müller (WASG), Katina Schubert (Linkspartei), Axel Troost (WASG),  
Harald Werner (Linkspartei), Janine Wissler (WASG)

Februar 2006

## **I. Präambel**

Mit den Eckpunkten wollen wir die Verständigung über das Programm einer gemeinsamen linken Partei in Deutschland fördern. Frei und selbstbestimmt vereinigen sich in dieser Partei Personen und politische Strömungen der Linken mit unterschiedlicher Geschichte und Herkunft aus Ost und West. Auch nach ihrer Vereinigung wird die notwendige Debatte um Selbstverständnis, programmatische Leitvorstellungen, Reformprojekte und politische Strategie fortgesetzt. Eine gemeinsame Partei braucht die Verständigung über eine programmatische Grundlage. Mit den folgenden Darlegungen soll der Anstoß für eine programmatische Debatte in der Linkspartei.PDS, in der WASG und für alle am Parteibildungsprozess interessierten Linken gegeben werden.

Dauerhafte Massenarbeitslosigkeit, wirtschaftliche und kulturelle Spaltung der Gesellschaft, Entdemokratisierung, Abbau sozialer Rechte, Ausgrenzung und Angst vor sozialem Abstieg und vor Armut prägen zunehmend unsere Gesellschaft. Die Zerstörung der Natur nimmt immer bedrohlichere Dimensionen an. Krieg ist wieder zum Mittel der Politik der Bundesrepublik geworden. Mit gewerkschaftlichen, kirchlichen, intellektuellen, ökologischen und anderen kapitalismuskritischen Kräften, mit Gruppen der Frauen- und Friedensbewegungen, antifaschistischen und antirassistischen Initiativen, mit vielen Bürgerinnen und Bürgern setzen wir uns gemeinsam für einen Richtungswechsel der Politik ein. Deshalb wollen wir eine starke gemeinsame Partei der Linken schaffen.

Uns eint der Kampf für eine friedliche, gerechte und demokratische Gesellschaft, in der jede und jeder selbstbestimmt und in Würde leben kann. Heute fehlen Vielen die notwendigen Bedingungen eines solchen Lebens. Das wollen wir ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Welt ohne Kriege, ohne Armut und Hunger möglich wird, in der jeder und jede Zugang zu Wohnung, Gesundheitsversorgung, Bildung und Kultur, zu sozialer Sicherheit und sinnvoller Arbeit hat. Dazu bedarf es einer grundlegenden Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse. Viele unter uns sehen in einer solchen Welt eine solidarische, gerechte Gesellschaft, viele von uns verstehen darunter den demokratischen Sozialismus.

Um dieses Ziel zu erreichen, orientieren wir unser gemeinsames Handeln vor allem

- auf die Unterordnung der Wirtschaft unter soziale und ökologische Zielsetzungen einer gerechten Politik, die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und auf die Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse;
- auf die Demokratisierung der Gesellschaft, die allen hier lebenden Menschen gleiche Teilhabemöglichkeiten garantiert. Dazu gehört der Kampf gegen jede Form gesellschaftlicher Unterdrückung, gegen patriarchale und kapitalistische Machtstrukturen, gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus;
- auf die Erneuerung und den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen und solidarischer Sicherungssysteme und

- auf die Schaffung einer internationalen Ordnung des Friedens, der kollektiven Sicherheit und einer solidarischen Entwicklung, für die die Europäische Union ein Vorbild werden soll.

In den Konflikten der Gegenwart setzen wir uns auf friedliche und demokratische Art und Weise für die Realisierung unserer Ziele ein: im Alltag der Menschen, bei Streiks und Protestaktionen, in den Medien, in Wissenschaft und Kultur, in den Kommunen und Landtagen, im Bundestag und im Europaparlament, in allen politischen Bereichen und Funktionen, die diesen Zwecken dienen.

Die Grundlagen für alte Spaltungen innerhalb der Linken sind entfallen, selbst wenn dies noch nicht überall akzeptiert ist. Die Linke des 21. Jahrhunderts baut auf den Zielen und Traditionen der bisherigen linken, demokratischen und sozialistischen Bewegungen auf. Dies verlangt von uns, sich kritisch und solidarisch mit der Geschichte der Linken in der DDR und der BRD auseinander zu setzen. Wir stellen uns bewusst in die Traditionen der Aufklärung und des demokratischen Sozialismus, der großen Emanzipationsbewegungen der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Frauen, der kolonial und rassistisch unterdrückten Völker. Wir haben aus der Geschichte gelernt: Respekt vor Andersdenkenden ist die Voraussetzung von Befreiung. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus.

Wir wollen Traditionen, Erfahrungen und Kompetenzen jener Kräfte bewahren und erschließen, die gemeinsam unsere neue Partei bilden. Dazu gehören radikaldemokratische, linkssozialdemokratische und linke antikapitalistische Positionen ebenso wie Orientierungen auf die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, Erkenntnisse aus gewerkschaftlichen und von Erwerbslosen getragenen Protestbewegungen gegen den Neoliberalismus, der Einsatz für die Stärkung regionaler Entwicklung und die Auseinandersetzung mit der "neuen Sozialdemokratie" und mit sektiererischen Strömungen in der alten Bundesrepublik. Die neuen sozialen Bewegungen gegen Neoliberalismus und kapitalistische Globalisierung sind ein wichtiger Bezugspunkt unserer Erneuerung.

Gemeinsam wollen wir eine linke Partei bilden, wie es sie in Deutschland seit 1914 nicht gegeben hat – Linke einigend, für Freiheit und Gleichheit stehend, konsequent für Frieden kämpfend, demokratisch und sozial, offen und plural, Streitbar und tolerant. Wir streben eine politische Partei an, die offen alle gesellschaftlichen Herausforderungen debattiert und einen Richtungswechsel in der Gesellschaft durchsetzen will. Wir sind Teil der europäischen Linken und ihrer Partei. Wir sind Teil der Bewegungen überall auf der Erde, die dafür kämpfen: Eine andere Welt ist möglich.

## **II. Widersprüche in der gegenwärtigen Gesellschaft**

Die gegenwärtige Gesellschaft ist geprägt durch den Widerspruch zwischen einem enormen Potenzial materiellen und kulturellen Reichtums einerseits und der Unfähigkeit andererseits, dieses Potenzial so zu erschließen, dass alle Menschen eigenständig ihre Existenz sichern und in Würde leben können. Diese Unfähigkeit nimmt immer bedrohlichere Züge an. Die Gesellschaften der reifen kapitalistischen Länder haben Möglichkeiten hervorgebracht, um gemeinsam Armut, soziale Ungerechtigkeit und Entwürdigung von Menschen zu überwinden. Es ist möglich, mit deutlich weniger Arbeitszeit die Entfaltung der individuellen Fähigkeiten und die Befriedigung der individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse einzulösen. Ebenso ist die Chance gegeben, die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern aufzubrechen und damit zu deren Gleichheit beizutragen. Zunehmende Unsicherheit, Ungleichheit und Aggressivität sind wesentliche Merkmale der neoliberalen Entwicklung des Kapitalismus geworden. Diese Verhältnisse sind veränderbar. Sie sind das Ergebnis kapitalistischer Krisenprozesse, wirtschaftlicher und politischer Herrschaftsstrategien des großen Kapitals und der Politik der es stützenden Regierungen. Es sind Herausforderungen entstanden, die neue Antworten verlangen.

*Massenarbeitslosigkeit und Gestaltung der Arbeitswelt:* In Deutschland gibt es fünf Millionen Arbeitslose, und doch kämpfen Staat und Unternehmerverbände für die Verlängerung der

Wochen- und Lebensarbeitszeit. Anstatt mehr Menschen in Bildung, Gesundheitswesen und anderen humanorientierten Dienstleistungen zu beschäftigen, werden sie arbeitslos oder müssen zu unsicheren Bedingungen und niedrigen Löhnen arbeiten.

*Geschlechtergerechtigkeit:* Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist in den letzten Jahrzehnten auf vielen Gebieten voran gekommen, dennoch werden Frauen am Arbeitsplatz, in der Familie und in der Politik noch immer diskriminiert. Heute werden vor allem Frauen in unteren Einkommensgruppen durch Arbeitslosigkeit und Hartz-Reformen zunehmend zu Verliererinnen in der Gesellschaft.

*Soziale Ungleichheit:* Noch niemals waren die Möglichkeiten für ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben von Menschen unabhängig von Geschlecht, ethnischer und sozialer Herkunft und sexuellen Orientierungen so groß wie heute, und doch nimmt die Ungleichheit erneut zu. Die Kluft zwischen Reichen, normal Verdienenden und Armen wird größer. Es wird wieder offensichtlicher, dass wir in einer Klassengesellschaft leben.

*Erneuerung sozialer Sicherungssysteme und Überwindung übermäßiger öffentlicher Verschuldung:* Seit der deutschen Vereinigung wuchsen die realen Nettogewinne und Vermögenseinkommen um mehr als ein Drittel, während die Realeinkommen der Beschäftigten stagnieren. Der gesellschaftliche Reichtum wächst ständig weiter, aber er wird immer einseitiger verteilt. Mit unzureichenden Einnahmen der staatlichen Haushalte wird Sozial- und Stellenabbau begründet. Zugleich werden Steuern auf Gewinne, hohe Einkommen und Vermögen ständig weiter gesenkt. Die Privatisierung von sozialer Sicherung, öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur erschließen dem Kapital neue Felder der Kapitalverwertung und zerstören deren solidarischen Charakter.

*Bildung und Wissenschaft:* Um in einer fortwährend arbeitsteiliger organisierten Gesellschaft bestehen zu können und sich in einer sich rasant verändernden Welt behaupten zu können, werden Bildung und Wissenschaft immer bedeutungsvoller. Aber in den letzten drei Jahrzehnten sank der entsprechende Anteil der Ausgaben in Deutschland. Das Bildungswesen ist auf soziale Auslese orientiert, statt auf Förderung aller Kinder und Jugendlichen und Entfaltung ihrer Persönlichkeiten. Das vielgliedrige Schulsystem erweist sich als überholt und wird den Anforderungen der Zeit nicht gerecht.

*Regionale Unterentwicklung:* Seit Jahren nimmt die regionale Ungleichheit auch in Deutschland wieder zu. Die Fehler beim Beitritt der DDR zur BRD waren Teil einer grundlegenden Unfähigkeit, gleichwertige Bedingungen ökonomischer und sozialer Entwicklung zu sichern. Viele Regionen in Deutschland sind durch extrem hohe Arbeitslosigkeit und Abwanderung junger qualifizierter Menschen gekennzeichnet. Diese Prozesse sind Teil der wachsenden regionalen Ungleichheit in Europa und weltweit.

*Umweltkrise:* Eine Effizienzrevolution bei der Verwendung natürlicher Rohstoffe ist schon lange möglich, doch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß beträgt in Deutschland jedes Jahr weiter mehr als 900 Mio. Tonnen. Umbrüche in Produktions- und Lebensweisen stehen auf der globalen Agenda, aber die notwendigen, grundlegenden Reformen werden immer weiter verschoben.

*Globalisierung:* Die Kluft zwischen dem Einkommen des untersten und des obersten Fünftels der Weltbevölkerung hat sich von 1960 bis heute von einem Verhältnis 1:30 auf 1:75 verschlechtert. Die Rüstungsausgaben wurden seit 1999 weltweit von 687 Mrd. Dollar auf heute rund 1000 Mrd. Dollar erhöht. Zwei Fünftel dieser Ausgaben tätigen die USA. Die weltweite Entwicklungshilfe beträgt dagegen nur etwa 55 Mrd. Dollar. Die Globalisierung verlangt solidarische Antworten auf Niedrigstlohnkonkurrenz und Migration, Umweltzerstörung und die Überwindung der schreienden Ungleichheit.

*Demografischer Wandel:* Die zunehmende Lebenserwartung in der Gesellschaft wird verbreitet für Rentenkürzungen und zur Privatisierung der Altersvorsorge instrumentalisiert. Eine neue Art der Vollbeschäftigung, die Steigerung der Arbeitsproduktivität und eine gerechte Verteilung, eine kinderfreundliche Politik und weitsichtige Einwanderungspolitik können solche sozialen Verschlechterungen abwenden. Doch der demografische Wandel ist mit grundlegenden Herausforderungen an die Gestaltung der Arbeitswelt von älteren Menschen, an Städteplanung und Architektur, Infrastruktur, Dienstleistungen und lebenslanges Lernen verbunden.

*Entdemokratisierung:* Die zunehmende Komplexität staatlichen Handelns verlangt wachsende Transparenz und eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft. Denn die in den Händen der großen internationalen Finanzfonds und transnationalen Konzerne, in den – demokratischer Kontrolle entzogenen – Institutionen des globalen Kapitalismus (WTO, IWF, Weltbank usw.) und supranationalen Organisationen konzentrierte ungeheure gesellschaftliche Machtfülle führt dazu, dass die Substanz der Demokratie zunehmend ausgehöhlt wird. Die fortschreitende Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen und Leistungen entzieht der Demokratie ihre Gestaltungsmöglichkeiten, insbesondere auch in den Kommunen. Mit dem so genannten “Krieg gegen den Terror” werden nicht nur völkerrechtswidrige Militäreinsätze gerechtfertigt, sondern auch Grund- und Freiheitsrechte in den parlamentarischen Demokratien des Westens massiv eingeschränkt. Selbst elementare Rechte wie das Recht auf Schutz vor Folter, Entführung und unbefristeter Inhaftierung wurden bereits verletzt. Imperiale Tendenzen werden verstärken sich zusehends.

Der Neoliberalismus führt die Wachstumsschwäche und die Notwendigkeit einer einseitigen Verteilung auf die langjährige Einschränkung der privaten Eigentumsrechte und der Marktkräfte durch Staat und Gewerkschaften zurück. Doch das Gegenteil ist der Fall: Der wohlfahrtsstaatliche Kompromiss ist von den ökonomisch und politisch Herrschenden aufgekündigt worden. In den Betrieben und in der Gesellschaft wird ein Klassenkampf von oben geführt, um Lohn- und Sozialkosten zu senken und höhere Flexibilität und Anpassungsbereitschaft der Beschäftigten zu erzwingen.

Versuche der Sozialdemokratie, die Kluft zwischen Innovationspotenzialen und mangelnder sozialer Gerechtigkeit durch soziale Abfederung zu überbrücken, ohne die Unterordnung der Gesellschaft unter den Markt und die Kapitalverwertung zu beenden, sind unzureichend und werden auf Dauer scheitern.

Seit mehr als zehn Jahren formiert sich eine Bewegung gegen die erneute Entfesselung des Kapitalismus. Mit unseren Vorstellungen für eine grundsätzlich andere Entwicklungsrichtung der Gesellschaft wollen wir dazu beitragen, dass diese Bewegung die Vorherrschaft des Neoliberalismus überwindet und eine Transformation einleitet, die zu einer sozial gerechten und demokratischen Gesellschaft führt.

### **III. Politische Alternativen**

Im heutigen Kapitalismus sind Entwicklungsmöglichkeiten hervorgebracht worden, die eine andere Welt möglich machen; die Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums, der Zuwachs an Wissen, Individualität und Autonomie für Millionen Menschen in Beruf und privatem Leben sowie die Internationalisierung der Wirtschaft bergen emanzipatorische Chancen. Zugleich ist diese Entwicklung mit gravierenden Fehlentwicklungen und sozialen Gegensätzen verknüpft.

Unser Leitbild ist eine Gesellschaft, die gleiche Teilhabe für jede und jeden an elementaren Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in Freiheit, sozialer Sicherheit, Würde und in Solidarität mit anderen gewährleistet. Um das zu erreichen, wollen wir eine Veränderung der Macht- und Verteilungsverhältnisse in der Wirtschaft und der Gesellschaft. Notwendig ist die Überwindung aller der Profitdominanz zu Grunde liegenden Eigentums-, Verfügungs- und Herrschaftsverhältnisse, “in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist” (Marx). Demokratischer Sozialismus in diesem Sinne ist ein emanzipatorischer und transformatorischer Prozess, der in der heutigen Gesellschaft beginnt und zugleich über diese hinausweist.

Davon geleitet wollen wir den *Einstieg in einen alternativen Entwicklungsweg*. Die Grundrichtungen der wirtschaftlichen Entwicklung dürfen nicht dem Markt überlassen werden, sondern es ist notwendig, sie demokratisch zu steuern. Wir wollen eine Erneuerung der Demokratie, die es ermöglicht, die *Verfügung über sämtliche Formen des Eigentums* sozialen Kriterien zu unterwerfen. Im öffentlichen Eigentum sehen wir eine unverzichtbare Grundlage der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Bereitstellung öffentlicher Güter. Wir wollen den öffentlichen Sektor stärken.

Demokratie erschöpft sich nicht in Wahlen. Wir setzen uns für mehr Partizipation und Gestaltungskraft der Bürgerinnen und Bürger – für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft ein.

Alternative Entwicklung heißt auch ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, Verknüpfung von ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit.

Zur Demokratisierung aller hierarchischen Verhältnisse gehört, die Dominanz von Männern über Frauen in der Gesellschaft zu überwinden und für die tatsächliche *Gleichstellung der Geschlechter* in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu streiten.

Alternative Reformpolitik ist auf allen Politikfeldern der *Überwindung auch jeder anderen Art von Diskriminierung* verpflichtet: der Diskriminierung von Menschen aus nationalen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen, der Benachteiligung auf Grund sozialer Herkunft, von Behinderungen oder aus Altersgründen.

## **1. Arbeit – sinnvoll, sozial gestaltet und selbstbestimmt**

Die verschiedenen Formen der Arbeit – Erwerbsarbeit, Arbeit in Familien und Partnerschaften, ehrenamtliche Arbeit und Arbeit in der Freizeit – bilden die Grundlage des gesellschaftlichen Reichtums, der persönlichen Entwicklung und des solidarischen Miteinanders in der Gesellschaft. Zur Demokratie gehört, dass sich die Bürgerinnen und Bürger über die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit wie über die gerechte Verteilung des erarbeiteten Wohlstands verständigen und darüber gemeinsam entscheiden.

Kapitalistisch organisierte Erwerbsarbeit steht heute mehr denn je in einem Spannungsverhältnis zwischen individueller Sinnstiftung und Selbstverwirklichung auf der einen sowie Ausbeutung und Unsicherheit auf der anderen Seite. Ein Teil der Lohnarbeitsverhältnisse sind heute bestimmt durch wachsende Autonomie in der Arbeit, größere Handlungsspielräume und flachere Hierarchien. Doch andererseits sind Überbelastung, der Verlust an sozialer Sicherheit und an Planbarkeit des eigenen Entwicklungsweges zunehmend der zu zahlende Preis für mehr Selbstbestimmtheit in der Arbeit. Der Alltag ist geprägt durch Zerstörung regulierter Arbeitsverhältnisse, Massenarbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, diskontinuierliche Erwerbsbiografien und fehlende Möglichkeiten zur Planung des eigenen Erwerbslebens.

An diesen realen Widersprüchen und dem Wunsch nach existenzsichernder, auskömmlicher Arbeit, nach Autonomie und sozialer Sicherheit setzt unsere Politik an. Ein zentraler Punkt dabei ist die Gestaltung der Erwerbsarbeit als Grundlage für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Reichtum, für die aktive Gestaltung der individuellen Lebensverhältnisse wie der demokratischen Gestaltung der Wirtschaft sowie als Bedingung von freier Entfaltung außerhalb der Erwerbsarbeit. Wir treten ein für die Humanisierung der Arbeitsverhältnisse, für entsprechende Ausbildungs- und Fortbildungsverhältnisse, für auf der Erwerbsarbeit aufbauende solidarische Verteilungsverhältnisse und soziale Sicherungssysteme. Eine soziale Grundsicherung für alle hier lebenden bedürftigen Menschen erachten wir als unverzichtbar, um ökonomische Unabhängigkeit für alle zu garantieren.

Wir setzen uns gegen Arbeitszeitverlängerung zur Wehr und fordern kräftige Arbeitszeitverkürzungen ein. Wir wollen, dass die Arbeit gerechter auf alle verteilt wird, und wir wollen mehr Selbstbestimmung der Beschäftigten über die Verteilung ihrer Arbeitszeit. Die Menschen brauchen mehr freie Zeit für Bildung, Qualifikation, Kultur, Sport, Erholung, Familie, Freunde und kreative individuelle Beschäftigung. Wir fordern eine Reform des Arbeitszeitgesetzes. Die regelmäßige Wochenarbeitszeit darf höchstens 40 Stunden betragen. Überstunden müssen stärker begrenzt werden, Arbeitszeitkonten geregelt und abgesichert werden. Eltern und Pflegende brauchen ein Recht auf zusätzliche Arbeitszeitverkürzung.

Arbeit muss sich lohnen – für alle! Deshalb fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn, der bei einer regulären Vollzeitbeschäftigung eine Existenzsicherung oberhalb des Armutsniveaus gewährleistet. Die Einkommen sollen Jahr für Jahr zumindest in dem Maße steigen, wie der Verteilungsspielraum aus steigender Produktivität und Inflationsausgleich nicht für

Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich verwendet wurde. Nur dann entsteht auch genügend Kaufkraft für mehr Arbeitsplätze. Wir unterstützen die Gewerkschaften im Kampf für Lohnerhöhungen.

Wir wollen besseren sozialen Schutz für die Beschäftigten. Befristete Beschäftigung und Leiharbeit dürfen nur die Ausnahme sein und nicht zur Regel werden. Den Kündigungsschutz wollen wir verbessern statt ihn immer weiter abzubauen. Die Rechte der Gewerkschaften im Betrieb und die Rechte der Betriebsräte wollen wir stärken. Wir wirken eng mit Initiativen der Arbeitslosen zusammen und bekämpfen die Politik einer Spaltung zwischen Kernbelegschaften, Erwerbstätigen in unsicheren Arbeitsverhältnissen und Erwerbslosen.

Die Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten durch Tarifverträge wollen wir stärken. Wir wollen erreichen, dass sie leichter als bisher für allgemein verbindlich erklärt werden können. Gesetze und Tarifverträge müssen auch da eingehalten werden, wo auswärtige Arbeitskräfte eingesetzt werden. Ein Entsendegesetz muss deshalb für alle Branchen vorschreiben, dass die Standards des Arbeitsortes gelten. Wir wollen, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die die Tarifverträge einhalten.

Wir wollen Geschlechterdemokratie auch im Erwerbsleben und fordern gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer. Deswegen wollen wir, dass in vielen Bereichen, in denen überwiegend Frauen beschäftigt sind, deutlich höhere Einkommen durchgesetzt werden. Ein wirksames Gesetz muss die Diskriminierung auch in der Privatwirtschaft unterbinden. Die Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen entschieden verbessert werden. Das erfordert den flächendeckenden bedarfsgerechten Ausbau von Ganztageseinrichtungen für Kinder jeden Alters sowie von hochwertigen Angeboten für pflegebedürftige Menschen.

Ein *zentrales Projekt* der neuen linken Partei sind öffentlich geförderte Beschäftigungssektoren zwischen Privatwirtschaft und Staat, die zusammen mit dem öffentlichen Sektor vor allem die soziale Infrastruktur des Gemeinwesens sichern. Sie sind zugleich Gestaltungsfeld für erweiterte Formen betrieblicher Mitbestimmung. Durch diese öffentlich geförderten Beschäftigungssektoren können soziale, kulturelle und ökologische Bedarfe befriedigt werden, die der Markt oder der öffentliche Dienst nicht abdecken. Sie sollen vorrangig über gemeinnützige Vereine, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen sowie soziale und kulturelle Einrichtungen verwirklicht werden.

Neue Arbeitsplätze können in großem Umfang durch ökologischen Umbau, durch vor allem darauf gerichtete Technologien und durch den Ausbau bedarfsgerechter öffentlicher Dienstleistungen geschaffen werden.

Wir wollen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich auf Gruppen konzentriert, die besonders schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Wir wollen, dass durch Konzentration öffentlicher Finanzmittel und durch ihre Kombination mit anderen Fonds reguläre, versicherungspflichtige, tariflich bezahlte Arbeitsplätze angeboten werden.

Unter Linken wie in der Gesellschaft ist umstritten, ob die Forderung nach Erwerbsarbeit für alle Arbeitssuchenden noch ein realistisches und zentrales Ziel alternativer Politik sein kann.

## **2. Wirtschaft, Finanzen, Umwelt – nachhaltig verbunden**

Um sinnvolle und sozial gestaltete Arbeit für alle zu ermöglichen, einen ökologischen Umbau einzuleiten und solidarische Entwicklung global zu ermöglichen, ist ein grundsätzlicher Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik unumgänglich. Ohne einen massiven Zuwachs an regulären Arbeitsplätzen kann auch eine sozialere Arbeits- und Arbeitsmarktpolitik nur den Mangel besser verwalten, aber keinen Ausweg daraus bieten. Nur wenn die Massenarbeitslosigkeit abgebaut wird, sind aktive Arbeitsmarktpolitik und ein hohes Niveau sozialer Sicherung dauerhaft finanzierbar, ohne die Beschäftigten immer höher zu belasten. Eine aktive, Beschäftigung schaffende Wirtschaftspolitik verbessert zudem entscheidend die

Bedingungen für die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften, höhere Einkommen und kürzere Arbeitszeiten durchzusetzen.

Alternative Wirtschaftspolitik ist gestaltende Politik. Sie zielt auf ein starkes Gewicht sozialstaatlicher Politik anstelle von deren Unterordnung unter Marktzwänge. Sie misst längerfristiger Struktur-, Wissenschafts- und Technologiepolitik erhebliches Gewicht bei. Sie betrachtet gewinnorientiertes unternehmerisches Handeln als wichtig für Innovation und betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Doch sie strebt eine neue sozial-ökologische Rahmensetzung für die Marktmechanismen an, weil ohne Mitbestimmung, gewerkschaftliche Gegenmacht und sozialstaatliche Regulierung private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich, sozial und ökologisch verlustreichen Fehlentwicklungen führen. Durch das Steuer- und Abgabensystem soll umweltfreundliches Handeln finanziell belohnt und Handeln, das ökologische Schäden verursacht, belastet werden.

Die Linke vertritt keinen blinden Wachstumsfetischismus, aber auch nicht die Ablehnung jedes Wachstums als ökologisch schädlich. Wir wollen, dass Wachstum vor allem durch zusätzliche Arbeit in den Bereichen entsteht, die den ökologischen Umbau voranbringen und wichtige gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigen: Bildung und Erziehung, Pflege, soziale Dienstleistungen, Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur, öffentlicher Personenverkehr, Wärmedämmung und ökologischer Umbau der Energieversorgung, Sanierung der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur usw.

### **Öffentliche Investitionen und Haushaltspolitik**

Ein *zentrales wirtschaftspolitisches Projekt* der neuen linken Partei ist ein groß angelegtes öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm. Die öffentlichen Investitionen müssen mindestens auf das westeuropäische Durchschnittsniveau, also um jährlich 20 bis 30 Milliarden Euro angehoben werden. Die öffentliche Beschäftigung und öffentlich finanzierte Beschäftigung in den genannten Bereichen muss erheblich ausgeweitet werden.

Für mehr Investitionen und Arbeitsplätze und die Sicherung des Sozialstaats braucht der Staat Geld. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Durch höhere Einnahmen kann auch die Verschuldung sozial gerecht abgebaut werden.

Ein weiteres *zentrales Projekt* ist eine gerechte Steuerpolitik. Konzerne und andere profitable Unternehmen müssen wieder deutlich mehr Steuern zahlen. Es soll wieder eine Vermögenssteuer erhoben werden, die Erbschaftssteuer auf große Erbschaften ist zu erhöhen. Steuer-schlupflöcher für Vermögende und Großverdiener sind konsequent zu schließen und Wirtschaftskriminalität ist entschiedener zu bekämpfen. Veräußerungsgewinne beim Verkauf von Wertpapieren und Immobilien wollen wir ohne Spekulationsfristen besteuern. Den Spitzensteuersatz wollen wir auf mindestens 50 Prozent anheben.

Strittig unter Linken ist, welche Stellung die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zur Rückgewinnung politischer Gestaltungsräume in linker Politik haben sollte. Dazu gehören auch Fragen danach, in welchem Umfang angesichts der Finanzprobleme öffentlicher Haushalte eine Ausweitung von öffentlichen Investitionen, Kreditfinanzierungen und von Beschäftigung im öffentlichen Dienst finanzierbar und vertretbar ist.

### **Europäische Abstimmung und Regionalisierung**

Alternative Wirtschaftspolitik muss in der Europäischen Union und international mit Kämpfen um soziale und ökologische Veränderungen und um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung verbunden werden. Notwendig sind europäische Vereinbarungen über soziale und ökologische Mindeststandards und die Unterstützung von Bewegungen, die sich weltweit dafür engagieren – bei Ausgleich von Nachteilen für arme Länder. Unerlässlich ist die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte: Beschränkung der Wertpapier- und Devisenspekulation, europäische Regelungen für die Eindämmung von Kapitaltransfers in Steueroasen, EU-weit

abgestimmte Schritte zur Mindestbesteuerung von Kapitalerträgen und Unternehmensgewinnen.

Alternative Wirtschaftspolitik schließt – besonders dringlich für Ostdeutschland und wirtschaftsschwache westdeutsche Gebiete – die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und die Förderung von Handwerksbetrieben, kleiner und mittlerer Unternehmen und Genossenschaften ein.

### **Nachhaltigkeit als zentrale Aufgabe**

Für einen Einstieg in einen alternativen Entwicklungsweg haben der Erhalt und die Wiedergewinnung gesunder Umwelt erstrangige Bedeutung. Wir setzen uns für eine Politik ein, die die Begrenztheit ökologischer Reparaturpolitik überwindet und auf einen sozial beherrschten ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zielt. Ein Fünftel der Weltbevölkerung in den Industrieländern darf nicht länger vier Fünftel der weltweiten Ressourcen verbrauchen. Sozialer und ökologischer Umbau, Wandel der Produktions- und der Lebensweisen gehören zusammen. Dies ist die notwendige Grundorientierung für Wirtschafts-, Innovations- und Technologiepolitik.

Zentrale Handlungsfelder sind daher die Nutzung erneuerbarer Energien, die Verringerung des Energieeinsatzes und erhöhte Energieeffizienz, um aus der Sackgasse atomar-fossiler Energiewirtschaft herauszukommen und einen wirksamen Beitrag zur Verhinderung der Klimakatastrophe zu leisten. Der Vermeidung von Abfällen geben wir den Vorrang vor der stofflichen und energetischen Verwertung sowie vor der Entsorgung. Dringlich ist eine ökologische Wende in der Verkehrsentwicklung.

Wir wollen für Umweltorganisationen, Verbraucherverbände, Gewerkschaften, Vereine und andere zivilgesellschaftliche Kräfte demokratische Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte in ökologischen Fragen.

Die Ausrichtung der Technologie- und Innovationspolitik auf die Förderung risikoarmer und umweltschonender Technologien schließt eine starke Entwicklung von weltmarktfähigen Hochtechnologien ein. Wir stehen weder für technikpessimistische Verbote noch für bedingungslose Technologieförderung. Moderne Gesellschaften brauchen eine möglichst große Vielfalt technologischer und sozialer Entwicklungsoptionen.

### **3. Soziale Sicherheit – Sicherheit für alle**

Die solidarischen Sicherungssysteme und der Sozialstaat sind eine wesentliche zivilisatorische Errungenschaft. Nur auf Rechtsansprüche gegründete soziale Sicherheit ermöglicht Freiheit für alle, nicht allein für die Vermögenden. Wir wollen den Sozialstaat sichern, stärken und grundlegend erneuern. Veränderte Arbeitsverhältnisse und Wirtschaftsstrukturen, Familien- und Bevölkerungsstrukturen und eine gleichberechtigte Stellung der Frauen erfordern grundlegende Reformen. Wir haben den Anspruch, einen umfassenden Schutz aller Mitglieder der Gesellschaft vor den großen sozialen Risiken, eine Sicherung des Lebensstandards im Alter, bei Erwerbsunfähigkeit und Erwerbslosigkeit zu gewährleisten und Armut zu verhindern.

Öffentliche Daseinsvorsorge für Bildung, Gesundheit, Betreuung und Kultur, für Mobilität, Wasser, Gas und Strom ist elementarer Bestandteil sozialer Sicherheit. Die Privatisierung öffentlicher Güter in diesen und anderen Lebensbereichen beeinträchtigt die Lebenssicherheit aller. Deshalb verteidigen wir die öffentliche Daseinsvorsorge und treten für ihre Ausweitung ein.

Die Finanzprobleme der Sozialversicherungen sind Folge der hohen Arbeitslosigkeit, der geringen Lohn- und damit Beitragszuwächse sowie der Zunahme unversicherter Beschäftigung. Die herrschende Politik vergrößert diese Probleme. Sie entlastet die Arbeitgeber und wälzt die Kosten auf die Einzelnen ab. Wir brauchen einen Politikwechsel. Dann ist ein erweiterter Sozialstaat auch in Zukunft finanzierbar.

Im Gesundheitswesen wollen wir eine solidarische BürgerInnen- oder Volksversicherung einführen. Alle, auch Beamte, Selbständige und Besserverdienende, sollen sozial pflichtversichert sein. Wer mehr Einkommen hat, der hat auch höhere Beiträge zu zahlen. Niemand soll sich dem entziehen können, wenn er viel verdient. Die Arbeitgeber müssen wieder die Hälfte der Beiträge zahlen.

Im Gesundheitswesen sind Strukturreformen überfällig, um hochwertige medizinische Versorgung für alle ohne Klassenunterschiede in den Leistungen zu gewährleisten: Zentral sind hier vor allem eine bessere Kooperation (integrierte Versorgung) zwischen Krankenhäusern, Rehaeinrichtungen, Fachärzten, Hausärzten, Pflegediensten und anderen Leistungserbringern, Förderung von Gesundheitszentren, eine effektive Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement in allen Bereichen, die Einführung einer Positivliste, ein größeres Gewicht von Vorbeugung und Nachsorge, Verbesserungen von Arbeitsbedingungen und Entlohnung für das medizinische und pflegerische Personal.

Ein *zentrales Projekt* der neuen linken Partei ist die Einführung einer individuellen bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung: Wer wegen Arbeitslosigkeit, geringem Einkommen, mangelhafter Ausbildung oder aus anderen sozialen, gesundheitlichen oder altersbedingten Gründen arm oder von Armut bedroht ist, soll Anspruch auf eine individuelle, bedarfsorientierte soziale Grundsicherung haben.

Wir wollen Erwerbslose solidarisch absichern. Wer viele Jahre Beiträge gezahlt hat, dem steht länger als ein Jahr Arbeitslosengeld zu. Arbeitsangebote sollen die Qualifikation berücksichtigen und tariflich bezahlt werden. Die Verschlechterungen durch die „Hartz-Gesetze“ müssen zurückgenommen werden.

Wir wollen sichere und auskömmliche Renten. Rentenkürzungen lehnen wir ab. Wer jahrzehntelang in die Rentenkassen eingezahlt hat, dem steht auch in Zukunft eine Rente zu, die den Lebensstandard erhalten lässt. Die Renten sollen wieder im Gleichschritt mit den Löhnen erhöht werden. Zur Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung soll diese in eine Erwerbstätigenversicherung umgewandelt werden, in die in einem längeren Prozess Angehörige aller Berufsgruppen, FreiberuflerInnen, Selbständige, Abgeordnete und auch Beamtinnen und Beamte einbezogen werden. Die Beitragsbemessungsgrenze soll angehoben werden. Menschen mit höherem Einkommen wollen wir in höherem Maße für die solidarische Finanzierung der Renten herangezogen sehen, ohne dass ihre Ansprüche in gleichem Maße steigen. Wir fordern, immer noch vorhandene Diskriminierungen im Rentenrecht für Ostdeutsche endgültig zu beseitigen und erworbene Rentenansprüche vollständig anzuerkennen. Die geplante Anhebung des Renteneintrittsalters lehnen wir ab. Sie bedeutet für Millionen zukünftiger Rentnerinnen und Rentner faktisch eine massive Rentenkürzung. Zukünftige Belastungen durch einen höheren Anteil älterer Menschen ab etwa dem Jahr 2020 müssen solidarisch von allen bewältigt werden, nicht durch Rentenkürzungen.

Bezahlbare und bedarfsgerechte Wohnungen sind eine Grundvoraussetzung für soziale Sicherheit und Menschenwürde. Wir wollen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums an Wohnungen und kommunalen Versorgungsunternehmen verhindern und bezahlbare Wohnungen für Familien und ältere Menschen erhalten und fördern. Wir wollen die Stadtbauprogramme in dieser Hinsicht konsequent fortführen und mit regionaler Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung verbinden, um das soziale, wirtschaftliche und urbane Leben in den Kommunen zu stabilisieren.

Umstritten im Spektrum alternativer Debatten ist die Frage, ob eher einem bedingungslosen individuellen Grundeinkommen als Rechtsanspruch für alle Bürgerinnen und Bürger der Vorzug zu geben ist oder einer bedarfsorientierten Grundsicherung für Menschen in sozialer Not. Da wir Zwang zur Arbeit ablehnen, stellt sich das Problem: Wie können zumutbare Arbeit und Bedürftigkeit bestimmt werden?

Eine weitere Frage ist, wie stark und an welchen Stellen statt des Versicherungsprinzips staatliche Verantwortung unter Einsatz von Steuermitteln zum Tragen kommen soll? Schließlich wird kontrovers debattiert, welche Reformen der demografische Wandel insgesamt erfordert.



## **4. Erneuerung der Demokratie**

In immer mehr Bereichen der Gesellschaft registrieren wir eine Einschränkung demokratischer Rechte. Diese Tendenz wollen wir umkehren. Über die wirtschaftliche, politische und kulturelle Ordnung muss auf der Basis der Sicherung und des Ausbaus der Grundrechte demokratisch entschieden werden.

Eine demokratische Gesellschaft lebt von einer aktiven Zivilgesellschaft als kollektivem Gestalter des Alltagslebens. Wir wollen die parlamentarische mit direkter Demokratie verbinden, die den Bürgerinnen und Bürgern zum Beispiel über Volksbegehren und -entscheide sowie über Bürgerhaushalte mehr Einfluss und Mitbestimmung ermöglicht. Es geht uns weiter um Stärkung der individuellen Rechte, rechtliche Überprüfbarkeit staatlichen Handelns, Rechtsweegegarantie, unabhängige Kontrollinstanzen gegenüber den staatlichen Sicherheitsorganen. Wir halten an der strikten Trennung von Polizei und Bundeswehr sowie von Polizei und Geheimdiensten fest. Das Recht, selbst über die eigenen Daten und ihre Verwendung zu bestimmen, ist für uns ein unveräußerliches Recht.

### **Wirtschaftsdemokratie**

Dem breiten Angriff neoliberaler Politik auf die Rechte von Beschäftigten im Betrieb und auf ihre soziale Sicherung wollen wir durch eine Stärkung der Interessenvertretungen und Gewerkschaften der ArbeitnehmerInnen entgegenwirken. Über die notwendigen Abwehrkämpfe hinaus wollen wir mit den Betroffenen Alternativen zur Vorherrschaft der Interessen des Kapitals entwickeln.

Wirtschaftsdemokratie zielt darauf, die Alleinvertretungsmacht des Kapitals über die Ziele und Entwicklungsrichtungen der gesellschaftlichen Ökonomie aufzuheben, die abhängig Beschäftigten vor den Risiken des Marktes und der Willkür der Arbeitgeber zu schützen und auf allen wirtschaftlichen Ebenen Mitbestimmungsrechte zu verwirklichen. Der Interessengegensatz zwischen den Bezieherinnen und Beziehern von Gewinn- und Vermögenseinkommen und den abhängig Beschäftigten wird durch die Wirtschaftsdemokratie nicht aufgehoben. Die Macht des großen Kapitals kann deshalb nur begrenzt werden, wenn die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften gestärkt wird und auch die Interessenvertretungen der Nichterwerbstätigen neue Rechte erhalten. Wirtschaftsdemokratie ist gleichzeitig die entscheidende Voraussetzung für den sozialen und ökologischen Umbau der Produktionsweise, die Humanisierung der Arbeitswelt und eine sowohl leistungsgerechte als auch solidarische Verteilung des durch die gesamte Gesellschaft geschaffenen Reichtums. Wirtschaftsdemokratie setzt neue Antworten auf die sich zuspitzende Eigentumsfrage voraus. Wir wollen zu einer breiten Debatte darüber einladen, wie das öffentliche Eigentum gesichert, erweitert und sowohl sozial als auch effizient genutzt werden kann. Wir wollen darüber diskutieren, wie das Produktivvermögen breiter gestreut und die Verfügungsgewalt demokratisch reguliert werden kann und in welchen Bereichen es in gesellschaftliches Eigentum überführt werden sollte.

### **Geschlechterdemokratie**

Der Alltag von Frauen in der Bundesrepublik ist bestimmt durch eine Vielzahl differenzierter Lebenslagen. Alter, Qualifikation, Beruf, sexuelle Orientierung, familiäre Situation u.a. prägen maßgeblich Handlungsspielräume und weibliche Selbstbeschreibung in der Gesellschaft.

Dank Frauenbewegung und Eröffnung breiter Zugänge zu Bildung, Qualifikation und Erwerbsarbeit sind Frauen längst nicht mehr auf den privaten Bereich beschränkt. Dennoch bestehen viele Schranken geschlechtlicher Diskriminierung weiter oder werden durch eine Politik des Rollback neu belebt.

Gut qualifizierte Frauen haben heute die Chance auf eine adäquate Berufskarriere, die Anforderungen kommunikativer Kompetenzen am Arbeitsplatz erfüllen sie meist besser als ihre männlichen Kollegen, ihre Entlohnung ist dennoch im Schnitt um ein Drittel geringer und die Führungsetagen bleiben ihnen in allen gesellschaftlichen Bereichen in ihrer Breite

versperrt. Die Entscheidung für Kinder ist für Frauen noch immer die für eine "Doppelbelastung": Kinderbetreuung, Erziehung und gemeinsamer Haushalt bleiben bei zu geringer gesellschaftlicher Hilfestellung dem privaten Arrangement überlassen.

Frauen mit niedrigerer Qualifikation oder langen Familienzeiten außerhalb des Erwerbssystems sind die gesellschaftlichen "Verliererinnen" der Sozialreformen der letzten Jahre. Geringere Renten- und Sozialversicherungsansprüche, finanzielle Abhängigkeit vom Partner, "Risikogruppe" am Arbeitsmarkt; vor allem in Ostdeutschland sind es die Frauen, die von der herrschenden Politik diskriminiert werden.

Gegen diese Diskriminierungen setzen wir eine Politik der konsequenten gleichen Beteiligung von Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Gesellschaft. Für uns sind gesetzlich verankerte Frauenförderinstrumente, wie Quotierung oder Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, Gleichstellung von Frauen in den Systemen sozialer Sicherung und Gesundheit, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit bei Aufwertung „weiblicher“ Tätigkeiten, bedarfsdeckender Ausbau von ganztägigen Einrichtungen zur Kinderbetreuung sowie ein v.a. für untere Einkommenschichten auskömmliches Elterngeld (mit einer positiven Diskriminierung betreuender Väter) zentrale Forderungen auf diesem Weg.

Die Überwindung "typisch weiblicher" und "typisch männlicher" Geschlechterrollen durch eine bewusste Gestaltung in Bildung, Erziehung, Ökonomie, Medien etc. ist für uns Grundlage für eine freie Entfaltung der Menschen nach ihren Fähigkeiten und gesellschaftliche Bereicherung. Wir treten ein für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen, dazu gehört auch das Recht, darüber zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austragen. Deswegen fordern wir weiter die Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch.

Gewalt gegen Frauen bekämpfen wir, indem wir die Rechte der Opfer stärken, eine umfassende Infrastruktur von Beratungs- und Schutzeinrichtungen fördern und die Selbstorganisation von Frauen unterstützen.

### **Integration und Migration gestalten – Rechtsextremismus und Antisemitismus bekämpfen**

Wir setzen uns für eine offene und tolerante Gesellschaft ein, die allen in Deutschland und in den Ländern der Europäischen Union lebenden und arbeitenden Menschen gleiche Bürgerinnen- und Menschenrechte unter angeglichenen materiellen und sozialen Bedingungen einräumt. Menschenrechte sind nicht teilbar und sie gelten für alle. Deswegen treten wir jeder Form von Rassismus und Antisemitismus entschieden entgegen.

Offene Grenzen in Deutschland und der Europäischen Union für Menschen in Not – daran halten wir fest. Deswegen setzen wir uns für die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl ein und werben für die Harmonisierung des Asylrechts in Europa auf hohem menschen- und völkerrechtlichen Niveau.

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland. Das hat zu einer Vielfalt von Kulturen und Lebensweisen in Deutschland geführt, die diese Gesellschaft bereichern. Doch die Integration von Eingewanderten und bereits hier Lebenden bedarf der gesellschaftlichen und politischen Gestaltung.

Rechtsextremismus und Neonazismus sind eine Gefahr für die Demokratie und das friedliche Zusammenleben in der Gesellschaft. Deswegen und in Verantwortung für die deutsche Geschichte bekennen wir uns zum Antifaschismus und bekämpfen jede Form von Rechtsextremismus und Neonazismus. Dazu gehört, dass wir den öffentlichen Raum verteidigen und zivilgesellschaftliche Strukturen und die Bildungsarbeit stärken.

Eines der strittigen Themen in der gesellschaftlichen Debatte ist, ob das Verbot neonazistischer und rechtsextremer Organisationen und Parteien im Kampf gegen Rechtsextremismus sinnvoll ist.

## **5. Wissenschaft und Innovation für sozial-ökologische Alternativen**

Eine zentrale wissenschaftspolitische Aufgabe ist darauf hinzuwirken, dass wissenschaftliche Arbeit weit stärker auf die entscheidenden ungelösten Probleme der Gesellschaft konzentriert wird. Das verbietet zunehmende Unterwerfung der Wissenschaft unter betriebswirtschaftliche Kriterien und Verengung der Wissenschaftspolitik auf die Förderung von Natur- und Technikwissenschaften. Hochschulen und Forschungsinstitute brauchen ausreichende öffentliche Finanzmittel und dürfen nicht von Drittmitteln finanzkräftiger Auftraggeber abhängig sein. Wir wenden uns gegen Patente auf Gene von Lebewesen oder Teile von Lebewesen, insbesondere von Menschen.

Wir treten ein für die Stärkung der Grundlagenforschung an Hochschulen und außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen, für ein ausgewogenes Verhältnis von theoretischer und anwendungsorientierter Forschung und Lehre sowohl an den Universitäten als auch an den Fachhochschulen und für eine produktive Einheit von Forschung und Lehre, für den Abbau hierarchischer Strukturen im Hochschulbereich und größere Selbständigkeit des wissenschaftlichen Mittelbaus.

## **6. Bildung, Kultur und Medien**

Grundsätzlich ist Bildung – egal auf welcher Stufe – für uns ein öffentliches Gut, das wegen seiner Bedeutung kostenfrei zugänglich sein sollte. Auf die Dauer müssen deshalb alle Nutzungsgebühren in diesem Sektor abgeschafft werden.

Wir setzen uns für ein wohnortnahes und qualifiziertes staatliches Bildungssystem ein. Bildung und Erziehung fangen in der Kindertagesstätte an. In Zukunft soll für alle Kinder das Angebot einer ganztägigen Betreuung gewährleistet sein. Außerdem streben wir die Aufwertung der vorschulischen Bildung an. Vorschulische Sprachförderangebote sollen ausgeweitet und umgesetzt werden. Sie sollen insbesondere – aber nicht nur – Kindern dienen, die einen Migrationshintergrund haben. Ziel ist eine ganztägige Schule für alle Kinder von der ersten bis zur neunten Klasse, die Schluss macht mit der bewusst in Kauf genommenen sozialen Selektion und die Kinder und Jugendliche bei Lernschwächen und in ihren Begabungen und Stärken fördert, die Bildung als emanzipatorischen Prozess begreift und die den jungen Menschen das Rüstzeug für ein selbstbestimmtes Leben gibt. Wir wollen das duale Berufsschulsystem bewahren und beruflich wie allgemein bildende Formen lebenslangen Lernens ausbauen.

Die profitorientierte Einflussnahme der Wirtschaft auf die Universitäten und Hochschulen soll zurückgenommen werden. Wir streben an den Hochschulen eine drittelparitätische Selbstverwaltung an. Der Zugang zu den einzelnen Studienabschlüssen soll frei bleiben; wir wenden uns strikt gegen die Quotierung des Zuganges zu Magister-/Masterabschlüssen. Studiengebühren werden von uns abgelehnt. Außerschulische Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen, Musikschulen – aber auch regionale Sportstätten, sollen gewährleistet und hinreichend finanziell ausgestattet werden.

Die Freiheit kultureller Leistungen durch die Förderung ihrer kommunikativen und gesellschaftskritischen Kompetenz in den Künsten, den Wissenschaften, in medialen Öffentlichkeiten, in soziokulturellen Räumen und in alternativen Lebensformen ist ein zentrales Anliegen für uns. Kultur- und Medienpolitik sollte der Trägervielfalt kultureller Produktion gerecht werden und die Förderung öffentlicher und gemeinnütziger Institutionen genauso im Blick behalten wie die Unterstützung privatwirtschaftlicher Verlage, Studios, Agenturen und künstlerischer Produktionsfirmen.

Ein kooperativer Kulturföderalismus mit europäischer Dimension sichert die internationale Ausstrahlung insbesondere durch den Kulturaustausch auf der Landes- und Bundesebene. Er hat lebenswerte Kommunen zum Ausgangspunkt, die finanziell und koordinierend in der Lage sind, Öffentlichkeiten für das regionale Kulturleben in allen sozialen Milieus zu fördern und Freiräume für die kulturelle Selbstbestimmung aller Altersgruppen zu gewährleisten.

Demokratische Kontrolle des kulturwirtschaftlichen Sektors, sensible Förderung von Film, Musik, Literatur und Theater, Bildender Kunst und modernen experimentellen Kunstäußerungen gehören zum Grundverständnis des kultur- und medienpolitischen Wirkens der Linken. Wir wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sichern und die Pressefreiheit auch in den Redaktionen der Massenmedien stärken.

Informations- und Meinungsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger betrachten wir als Grundelement kultureller Entwicklung. Im Urheberrecht wollen wir die Rechte der Urheberinnen und Urheber gegenüber den Verwertungsunternehmen stärken und die nichtkommerzielle Nutzung möglichst wenig beschränken. Das Internet ist heute eine der wichtigsten Informationsquellen im Alltag. Einer Spaltung in Nutzerinnen und Nutzer und Ausgeschlossene wollen wir entgegenwirken. Wir fördern freie Software (open source) und lehnen die Patentierung von Software ab.

## **7. Neuansatz für Ostdeutschland und strukturschwache westdeutsche Regionen**

Ostdeutschland braucht eine zweite Wende – im Interesse der ganzen Bundesrepublik. Ein Neuansatz für Ostdeutschland und für strukturschwache westdeutsche Regionen ist überfällig. Erstens gewinnt *gestaltende Politik* angesichts von Großproblemen, die durch Marktmechanismen nicht erfasst werden, erstrangige Bedeutung. Sie kann jedoch nicht auf Ostdeutschland allein beschränkt werden. Strategische politische Gestaltungskraft auf Bundesebene ist eine entscheidende Bedingung für die Umkehr negativer Entwicklungstrends in vielen Teilen Deutschlands.

Zweitens brauchen die Ostdeutschen mehr Stimme in Politik und Öffentlichkeit. Voraussetzungen dafür sind das gewachsene Selbstbewusstsein vieler Menschen in den neuen Bundesländern, ihre im Vergleich zur Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung ausgeprägtere kapitalismuskritische Einstellung und das größere Verlangen nach sozialer Gleichheit. Ihre besonderen Erfahrungen dürfen nicht länger in den Wind geschlagen werden. Noch immer vorhandene Diskriminierungen, z.B. im Rentenrecht, gehören endlich abgeschafft.

Ein *zentrales Projekt* der neuen linken Partei ist ihr Wirken für die Bildung und für lebenswerte Rahmenbedingungen junger Menschen in Ostdeutschland und in allen strukturschwachen Regionen, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dort, so dass sich das Bleiben lohnt. Im Bundesmaßstab müssen öffentliche Wissenschaftsinvestitionen stärker nach Ostdeutschland gelenkt werden. Die Förderung innovativer Unternehmen soll zum Angebot attraktiver Arbeitsaufgaben für gut ausgebildete Kräfte beitragen.

Wir plädieren für eine neue Art der Industrie- und Strukturpolitik. Das heißt unter anderem: Zukunftsbranchen und –unternehmen voranbringen und im Verbund mit Wissenschaftseinrichtungen zu Kristallisationskernen (Cluster) regionaler und übergreifender Wirtschaftsentwicklung machen; ausreichende Kreditvergabe durch Landesbanken und Sparkassen an die oft eigenkapitalschwachen ostdeutschen Unternehmen; Planungssicherheit für die Verfügung über Mittel aus der EU, dem Bundeshaushalt und dem Solidarpakt herstellen. Länder mit besonders großen Struktur- und Haushaltsproblemen sollen statt der Hälfte nur noch ein Viertel der Fördermittel kofinanzieren müssen. Hochverschuldeten Kommunen soll ihr Finanzierungsanteil von den Ländern erstattet werden. Auf ein Leitbild bezogene Regionalplanung soll zur Entwicklung regionaler Wirtschaftsstärken in Problemregionen Ost- und Westdeutschlands beitragen.

Zu den offenen Problemen gehört: Wie kann vermieden werden, dass eine Konzentration auf Wachstumskerne und Schwerpunktbranchen periphere Regionen nicht noch weiter abhängt?

## **8. Frieden und internationale Politik**

Außen- und Friedenspolitik von Linken hat ihre Grundlage im Recht, insbesondere dem Völkerrecht, strebt nach globaler Gerechtigkeit und der Verwirklichung der Menschenrechte, verlangt die weltweite Ächtung von Massenvernichtungswaffen und konsequente Abrüstung und tritt für die Demokratisierung der internationalen Beziehungen ein. Das Ziel der Charta der Vereinten Nationen, eine Welt ohne die Anwendung und Androhung von Gewalt zu erreichen, erfordert eine weitere Stärkung und Reformen der UNO, mehr Rechte der Vollversammlung gegenüber den Ansprüchen der Welt- und Großmächte. Menschenrechte müssen universell gelten, Verschleppungen, geheime Gefängnisse und Folter sind weltweit zu ächten.

Die Linke ist Teil der Friedensbewegung, der weltweiten Bewegungen der Globalisierungskritik, der Sozialforen, der Gewerkschaften, der internationalen Hilfe und Selbsthilfe. Als Teil der Partei der Europäischen Linken wollen wir eine enge Zusammenarbeit mit linken Parteien und Bewegungen in aller Welt entwickeln.

Deutsche Politik muss Friedenspolitik werden. Die Bundeswehr darf nicht weiter für Militärinterventionen eingesetzt werden. Militärbündnisse wie die NATO wollen wir überwinden und eine Militarisierung der EU stoppen. Deutschland soll auf die Entwicklung und die Produktion neuer Angriffswaffen verzichten, Rüstungsexporte verbieten, die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland aufkündigen und Abrüstung zur Staatsaufgabe machen, auch durch mutige einseitige Schritte.

### **Friedens- und Entwicklungspolitik in Zeiten der Globalisierung**

Der gesellschaftliche Reichtum könnte heute und in der Zukunft allen Menschen in aller Welt ein Leben in Würde, frei von Hunger und Armut, in kultureller Vielfalt und mit hoher Bildung ermöglichen. Die Naturressourcen wie Öl, Gas, Wasser und Boden müssen dafür gerecht verteilt und gemeinsam genutzt. Die Menschheit verfügt über das Wissen und die Instrumente, Ökonomie und Ökologie in Übereinstimmung zu bringen, die Klimakatastrophe zu stoppen. Die Geißel des Krieges und der Gewalt würde im 21. Jahrhundert zur Vergangenheit, Abrüstung und Frieden hingegen zur Realität. Die globalen Herausforderungen der Menschheit sind lösbar.

Die neoliberale Globalisierung jedoch hat eine Spur der Zerstörung durch alle Teile der Welt gezogen. Mit dem Argument der Globalisierungszwänge wurden soziale und ökologische Standards zerschlagen, Beschränkungen der Finanzmärkte eingerissen, Produktionsstätten vernichtet und nationale Ökonomien untergraben. Die Radikalität der Märkte hat zur weltweiten unkontrollierten Herrschaft transnationaler Konzerne geführt. Aber: Vor den tatsächlichen globalen Herausforderungen haben neoliberale Konzepte und Ideologien versagt.

Das 21. Jahrhundert hat begonnen, wie das zwanzigste endete: mit Kriegen. Zahlreiche Kriege in aller Welt haben Hunderttausenden Menschen das Leben geraubt. Regionale und lokale Konflikte, der Kampf um Naturressourcen und Märkte bergen die Gefahr eines weltweiten Flächenbrandes in sich. Erstmals verschlingen die Rüstungsausgaben der Staaten über eine Billion US-Dollar jährlich. Rüstung tötet bereits im Frieden.

Hunger, Armut, Massenkrankheiten, ein ungleicher Zugang zu sauberem Wasser, Energie, Wissen, die Patentierung von Saatgut und heimischen Pflanzen durch internationale Konzerne bringen die Welt immer weiter aus der Balance. Die Klimakatastrophe hat bereits begonnen.

Ungelöste Konflikte und tiefe Ungerechtigkeiten, besonders im Nahen und Mittleren Osten, haben Terrorismus als globale Gefahr genährt. Der „Krieg gegen den Terror“ hat die Bedrohung verschärft und zur Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen geführt; gewaltige finanzielle Mittel werden zur Vernichtung und nicht zur Entwicklung investiert. Weltweite Wanderungsbewegungen, Massenflucht und Vertreibung sind Folgen einer Politik, die Millionen Menschen von einem Leben in Würde abschneidet.

Als Linke in Deutschland wollen wir zu einer weltweiten Unidad Popular linker Parteien und Bewegungen beitragen und sind Teil der Friedensbewegung, der Globalisierungskritik, der Sozialforen, der Gewerkschaften, der internationalen Hilfe und Selbsthilfe. Wir wollen eine andere, die Völker verbindende Internationalisierung der gleichberechtigten Kooperation und der Unterstützung der ärmeren Länder durch die OECD-Staaten – ohne Kriege und militärische Gewaltandrohung, gerichtet auf die Durchsetzung sozialer und ökologischer Standards im Einklang mit den nationalen Möglichkeiten und auf die Verwirklichung der Menschenrechte rund um die Erde.

Die Linke in Deutschland engagiert sich für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung; für Schritte zur Kontrolle und Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Sie leistet Widerstand gegen die weitere Verwandlung öffentlicher Güter in Marktobjekte. Notwendig ist eine umfassende Entschuldung armer Länder, die Anhebung der Entwicklungshilfe in den nächsten Jahren auf über 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts, eine Demokratisierung von internationalen Organisationen wie IWF und Weltbank.

Das Ziel der Charta der Vereinten Nationen, eine Welt ohne die Anwendung und Androhung von Gewalt zu erreichen, erfordert eine weitere Stärkung und Reformen der UNO, mehr Rechte der Vollversammlung gegenüber den Ansprüchen der Welt- und Großmächte. Weltweite Abrüstung und eine umfassende Ächtung aller A-, B- und C-Waffen gehören auf die internationale Tagesordnung.

### **Die Europäische Union – sozial, zivil und demokratisch**

Die Linke tritt dafür ein, dass sich die EU von einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu einer europäischen Beschäftigungs-, Sozial-, Umwelt- und Friedensunion entwickelt. Dies würde Stabilität und Sicherheit befördern und die Lebensverhältnisse in Europa angleichen.

Die Europäische Union hat den Nationalstaat nicht überflüssig gemacht. Der Nationalstaat soll wieder zu einem rechtlichen, sozialen, kulturellen und politischen Faktor werden, in dem sich soziale Sicherheit und Demokratie durchsetzen können. Nationalstaaten und Europäische Union müssen ein neues Verhältnis eingehen. Der Schlüssel dafür ist die Demokratisierung der Nationalstaaten und der EU.

Die Europäische Union darf ihre Grenzen nicht weiter gegenüber der Welt, gegenüber Menschen in Not abschotten. Europäische Initiativen gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Nationalismus fördern in der Zivilgesellschaft demokratische Entwicklungen und können die Politik der Staaten verändern. Das europäische Asyl- und Zuwanderungsrecht muss verbessert werden.

Die Partei der Europäischen Linken, deren Mitglied wir sind, ist ein neuer Faktor im politischen Leben Europas. Ebenso wie unsere Partei in Deutschland ist sie ein Schritt zu mehr Gemeinsamkeit der Linken und bietet die Möglichkeit, zusammen mit sozialen und kulturellen Bewegungen das Kräfteverhältnis in Europa nach links zu verschieben. Gemeinsame Projekte wie Mindestlöhne und soziale und ökologische Mindeststandards, die Verhinderung der Umgestaltung Europas zu einer Militär- und Rüstungsmacht und Initiativen zur Demokratisierung der EU können erfolgreich sein. Der bisherige Widerstand gegen den EU-Verfassungsvertrag und die Bolkestein-Richtlinie macht uns Mut: Ein anderes Europa möglich zu machen, ist ein Beitrag der Linken in Europa im Kampf um eine andere, bessere Welt.

Zu den wichtige Fragen, die sowohl unter Linken als auch in der Öffentlichkeit weiter diskutiert werden sollten, gehören:

Unter welchen Bedingungen können und sollen internationale Militäreinsätze im Auftrag und unter Kontrolle der UN in regionalen Kriegs- und Bürgerkriegskonstellationen zu einer Rückkehr der friedlichen Entwicklung beitragen?

Welcher Zusammenhang, welche Widersprüche bestehen zwischen Gerechtigkeit und Menschenrechten?

Wie soll sich die Linke zur weiteren Erweiterung der EU, zur Aufnahme der Türkei, zur Niederlassungsfreiheit positionieren?

#### **IV. Strategische Ansätze**

Die strategische Kernaufgabe der Linken besteht in der Veränderung gesellschaftlicher und politischer Kräfteverhältnisse, um eine linke, demokratisch und sozial ausgerichtete Politik und eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft durchsetzen zu können. Dies ist ein längerer Prozess. Wir streben eine Transformation der Machtverhältnisse an.

Die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist nur möglich, wenn starke alternative gesellschaftliche Kräfte der Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Initiativen, progressive Wissenschaft und Kultur und die parteipolitische Linke sich gemeinsam gegen die herrschenden wirtschaftlichen, politischen und medialen Kräfte des Neoliberalismus stellen. Wir wollen zu einem Bündnis der abhängig Arbeitenden in europäischem und internationalem Maßstab beitragen, das zugleich die hochqualifizierten Beschäftigten und die Kernbelegschaften wie auch die in unsicheren befristeten und Teilzeitarbeitsverhältnissen Tätigen sowie die Erwerbslosen umfasst. Wir wollen ein Bündnis mit Intellektuellen aus Kultur, Kunst, Bildung, Wissenschaft und anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Wir wollen alle Menschen ansprechen, die sich für soziale Gerechtigkeit, Emanzipation und mehr Demokratie, Frieden und Erhaltung der Natur einsetzen, unabhängig von ihrer politischen Herkunft und Weltanschauung.

Ein solches neues Bündnis braucht partnerschaftliche Beziehungen, die die Verschiedenheit auf der Basis der gemeinsamen Ziele anerkennt und ausbaut. Als Partei wollen wir unsere eigenen Funktionen produktiv wahrnehmen und zugleich unsere Mitglieder bestärken, in Gewerkschaften, Wohlfahrtsorganisationen, Vereinen und alternativen Projekten sowie globalisierungskritischen Initiativen mitzuwirken. Dabei wollen wir durch unser Wirken in den Kommunen, Landtagen, auf Bundes- und europäischer Ebene die Fähigkeit entwickeln, sowohl für die Interessen der abhängig Arbeitenden und sozial Benachteiligten einzutreten, als auch ein soziales und demokratisches Gemeinwohlinteresse gegen herrschende und privilegierte Gruppen durchzusetzen, linke Politik unter den realen Widersprüchen konfliktfähig zu gestalten und auch durch Aushandlungen in durchsetzungsfähige Politik zu überführen.

Wir wollen der neoliberalen Ideologie alternative Positionen eines anderen Entwicklungsweges entgegensetzen. Diese wollen wir mit den Erfahrungen und Konflikten in den Betrieben und im Alltagsleben verknüpfen und in der öffentlichen Auseinandersetzung populär und offensiv vortragen. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme verstehen wir vor allem als Ergebnisse falscher, neoliberal geprägter Antworten auf die neuen Herausforderungen unter dem Einfluss von Kapitalinteressen sowie als Ausdruck von Krisenprozessen und Widersprüchen, die die kapitalistische Ökonomie hervorbringt. In der öffentlichen Debatte hebt die Linke den Widerspruch zwischen einzelwirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Perspektive hervor. Es geht um Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen, um breit angelegte Bildungsarbeit, um Bildung von Netzwerken und das Eingreifen in wissenschaftliche Diskussionen.

Als linke Partei wollen wir gesellschaftlichen Protest, die Entwicklung von Alternativen im Gegebenen und deren Öffnung für Entwicklungswege, die über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweisen, zusammenführen. Wir werden gemeinsam mit anderen linken Kräften an zentralen alternativen Projekten arbeiten und sie mit Nachdruck vertreten. Solche Projekte, die den Interessen vieler Menschen entsprechen und von vielen gemeinsam verwirklicht werden können, werden nicht in Parteizentralen erfunden. Sie erwachsen aus den sozialen und politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart und müssen in öffentlichen Diskussionen und in Aktionen unterschiedlichster Kräfte herausgefunden werden.

Wichtige Bezugspunkte für uns sind dabei Positionen, die Gewerkschaften und andere soziale und demokratische Organisationen und Bewegungen entwickeln. Und wir wollen mit eigenen Vorstellungen daran teilhaben. Das betrachtet die neue linke Partei als ein wichtiges Element ihrer Strategie.

Wahlkämpfe dienen uns dazu, unsere alternativen Reformprojekte im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu vertreten und um gesellschaftliche und politische Mehrheiten für ihre Durchsetzung zu streiten. Dabei setzen wir uns offensiv mit der Politik und Ideologie der Herrschenden auseinander. Die parlamentarische Arbeit wollen wir so gestalten, dass sie der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften der Linken, der öffentlichen Darstellung eigener Reformvorschläge und dem Einbringen alternativer Gesetze, der Untersuchung des Missbrauchs politischer Macht und der Schaffung neuer Mehrheiten dient.

Als linke politische Partei sehen wir die Beteiligung in Regierungen als Mittel gesellschaftlicher Umgestaltung an, wenn die dafür notwendigen Bedingungen gegeben sind. Dazu bedarf es breiter gesellschaftlicher Unterstützung und stabiler parlamentarischer Bündnisse mit anderen politischen Kräften. Linke Politik braucht die Unterstützung und auch die weiter treibende Kritik durch öffentlichen Druck und außerparlamentarische Mobilisierung. In einem offenen und transparenten Prozess wollen wir die Maßstäbe von Regierungsbeteiligung diskutieren und unter den konkreten Bedingungen abwägen, um Entscheidungen zu treffen. Maßstäbe sind die Verbesserung der Lage von Benachteiligten, die Durchsetzung wichtiger Reformvorhaben der Linken, der Stopp der neoliberalen Offensive, die Veränderung der Kräfteverhältnisse und die Einleitung eines Politikwechsels. Entscheidend für die Durchsetzung eines Politikwechsels ist die bundespolitische Ebene. Hier liegen die meisten Kompetenzen, die dafür notwendig sind, hier erfolgen die wesentlichen Weichenstellungen.

Wir werden intensiv die bisherigen Erfahrungen in Deutschland, Europa und international auswerten. Den unterschiedlichen Möglichkeiten auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene werden wir Rechnung tragen.

Es ist unser Anspruch, unsere Politik gemeinsam mit allen Parteimitgliedern, den Bürgerinnen und Bürgern, den Gewerkschaften und demokratischen und sozialen Bewegungen zu entwickeln. Die Auseinandersetzung mit Problemen, Differenzen und Widerständen soll öffentlich so geführt werden, dass der Neoliberalismus geschwächt und die Linke und ihre Perspektive eines grundlegenden Richtungswechsels gestärkt werden.

Es gibt unter uns unterschiedliche Auffassungen darüber, welches die besonderen Aufgaben einer Partei im Unterschied zu sozialen Bewegungen sind, wie das Verhältnis von außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit zu gestalten ist und ob eine Regierungsbeteiligung auf Landesebene unter den gegenwärtigen Bedingungen den gemeinsamen Maßstäben an linke Politik gerecht werden kann oder nicht.